



Antrag

der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Mehr Flüchtlingsschutz in Europa!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist bestürzt über das nicht endende Massensterben von Flüchtlingen im Mittelmeer. Der Landtag drückt allen, die um die zu Tode gekommenen Menschen trauern, sein tiefstes Mitgefühl aus.

Der Landtag sieht die Notwendigkeit, die gemeinsamen Werte der Europäischen Union wieder in den Vordergrund zu stellen, indem ein wirksames humanitäres System zum Schutz der Flüchtlinge, die einen Weg nach Europa suchen, entwickelt und nachhaltig etabliert wird. Der Schutz der Menschen, die vor Krieg, politischer Verfolgung oder anderen nicht zumutbaren Lebensbedingungen aus ihren Heimatländern nach Europa fliehen, muss absolute Priorität vor Maßnahmen zur Sicherung der EU-Außengrenzen haben.

Er bittet die Landesregierung deshalb auf EU-Ebene schnellstmöglich darauf hinzuwirken, dass insbesondere

- in Anknüpfung an die Mission „Mare Nostrum“ kurzfristig ein wirksames System zur zivilen Rettung der Flüchtlinge auf See entworfen, eingerichtet und mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um die Menschen, die auf ihrer Flucht nach Europa auf dem Mittelmeer in Seenot geraten, retten zu können unabhängig von den bereits getroffenen Maßnahmen;
- der Auftrag der Grenzschutzagentur Frontex in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte, der Seerechtskonvention und die unbedingte Lebensrettung von Flüchtlingen geändert wird und die Umsetzung der Aufgaben von Frontex künftig der Kontrolle durch das Europäische Parlament unterliegt;
- sich gegen einen Ausbau des Grenzüberwachungssystems EUROSUR auszusprechen;
- Fluchthelfer, die die Notsituation der Flüchtlinge zu Zwecken des Menschenhandels, der Prostitution oder Versklavung ausnutzen, bekämpft werden, indem Möglichkeiten für Flüchtlinge geschaffen werden, das Mittelmeer sicher zu queren;

- sich für die Einrichtung von Europabotschaften in Krisenregionen entsprechend dem Vorschlag des UNHCR und für humanitäre Visa einzusetzen;
- alle bereits bestehenden legalen Möglichkeiten der Einreise für Schutzsuchende, wie etwa die Familienzusammenführung, humanitäre Aufnahmeprogramme oder das Resettlementprogramm der Vereinten Nationen ausgeschöpft und ausgebaut werden;
- die Dublin-Verordnung abgeschafft und stattdessen ein europaweit solidarisches System der Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedstaaten eingerichtet wird;
- EU-weite Standards für die Aufnahme und den Umgang mit Flüchtlingen geschaffen werden und dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden;
- die deutsche und europäische Außenpolitik angepasst und die Entwicklungszusammenarbeit partnerschaftlich weiter ausgebaut wird.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass das Europäische Parlament stärker als bisher in die Entscheidungsfindung zur Flüchtlings- und Asylpolitik und deren Umsetzung einbezogen wird.

Regina Poersch
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Angelika Beer
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW